



## Antrag

der Fraktion DIE LINKE

### **Renten Kürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die umgehende Vorlage eines Gesetzentwurfes einzusetzen, der die im RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz und daraus folgenden Gesetzesänderungen vorgenommene Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie alle damit zusammenhängenden Folgeänderungen zurücknimmt.

#### Begründung:

Seit Anfang Januar 2012 werden die Menschen durch die Rente erst ab 67 mit zusätzlichen Abschlägen bestraft. An der Anhebung des Renteneintrittsalters festzuhalten, ist sozialpolitisch unverantwortlich.

Die Rente erst ab 67 ist das direkte Resultat einer völlig verfehlten Rentenpolitik. Schon die bisherigen Reformen haben die Kosten der Altersvorsorge nicht gesenkt, sondern tendenziell sogar noch erhöht. Der Unterschied liegt darin, dass die Versicherten einen immer größeren Teil selbst bezahlen müssen: einerseits durch hohe Beiträge zur privaten Vorsorge und andererseits durch massive Rentenkürzungen. Damit ist klar: Die Rente erst ab 67 dient lediglich dem Ziel, die Unternehmens- und Aktiengewinne immer weiter in die Höhe zu treiben. Für die Menschen bleibt real immer weniger übrig. Die Rente erst ab 67 ist weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich vernünftig.

Nicht einmal zehn Prozent der 64-jährigen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Nur wenige Menschen gehen mit 65 Jahren direkt aus einer Erwerbstätigkeit in die Rente. Bereits im März 2012 belaufen sich die zusätzlichen Abschläge durch die Rente erst ab 67 auf bis zu 0,9 Prozent. In den nächsten Jahren steigen die zusätzli-

chen Abschläge auf bis zu 7,2 Prozent. Eine Rente nach 45 Jahren Durchschnittsverdienst würde damit um fast 100 Euro gekürzt. Mit der Kürzung der gesetzlichen Rente sowie der Anhebung der Altersgrenzen steigt das Armutsrisiko erheblich an.

Für heute Erwerbstätige ist die Rente erst ab 67 eine zusätzliche Rentenkürzung. 2010 waren nur 33 Prozent der 60 bis unter 65-jährigen beschäftigt. Von diesen gingen 6,7 Prozent einer sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung nach. Und nur 19,1 Prozent sind einer regulären sozialversicherungspflichtigen Vollzeiterwerbstätigkeit nachgegangen. Unmittelbar vor der Rente, also mit 64 Jahren, hatten nur noch 8,7 Prozent eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle und 3,1 Prozent eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitstelle. Insgesamt sind 21,4 Prozent aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Rente gegangen. Dem gegenüber sind 16,1 Prozent aus der Erwerbslosigkeit in Rente gegangen und weitere 34,6 Prozent haben vor der Rente weder gearbeitet noch sich arbeitslos gemeldet. Mittlerweile haben knapp 50 Prozent der Zugänge in Altersrenten Abschläge von durchschnittlich 11,4 Prozent.

Ältere Erwerbslose haben praktisch keine Chance eine Beschäftigung zu finden, geschweige denn eine gut bezahlte. Die Erwerbslosigkeit der über 60-jährigen liegt mit 7,9 Prozent deutlich über dem Durchschnitt von 6,4 Prozent. Nur 17,5 Prozent der über 60-jährigen nehmen aus der Erwerbslosigkeit heraus eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf. Zusätzlich hat die CDU/FDP-Koalition in Berlin die Rentenansprüche für Langzeiterwerbslose komplett gestrichen. Und die Bundesregierung hält an der Zwangsverrentung von erwerbslosen ALG-II-Beziehenden ab dem 63. Lebensjahr fest. Wer gesundheitliche Einschränkungen hat, findet ebenfalls nur selten einen guten Arbeitsplatz.

Gleichzeitig steigt im Alter das Risiko einer Erwerbsminderung. Die Bundesregierung hat die Erwerbsminderungsrente aber drastisch gekürzt. Eine Erwerbsminderungsrente deckt schon heute oftmals nicht das Existenzminimum. Rund 21 Prozent der Versichertenrentenzugänge sind schon heute Erwerbsminderungsrenten. Diese Zahl wird ab nächstem Jahr noch einmal deutlich steigen. Damit stellt die Rente erst ab 67 auch für Erwerbslose und gesundheitlich beeinträchtigte Personen eine Rentenkürzung dar.

Antje Jansen  
und Fraktion